

## Stellungnahme der Bundesregierung über die Europapolitik von Charles de Gaulle (10. September 1960)

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 10.09.1960, Nr. 170. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/stellungnahme\\_der\\_bundesregierung\\_uber\\_die\\_europapolitik\\_von\\_charles\\_de\\_gaulle\\_10\\_september\\_1960-de-af0df3bc-82b3-4af6-9749-01e8d943be00.html](http://www.cvce.eu/obj/stellungnahme_der_bundesregierung_uber_die_europapolitik_von_charles_de_gaulle_10_september_1960-de-af0df3bc-82b3-4af6-9749-01e8d943be00.html)

**Publication date:** 21/10/2012

## Stellungnahme der Bundesregierung über die Europapolitik von Charles de Gaulle (10. September 1960)

[...]

In den letzten Wochen hat der Präsident der Französischen Republik, de Gaulle, in die Diskussion um die Stärkung der westlichen Politik und die Einigung Europas eingegriffen. Nacheinander hat er die Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande und Italiens mit seinen Vorstellungen vertraut gemacht und will dies auch bis zur Mitte dieses Monats mit den Ministerpräsidenten Belgiens und Luxemburgs tun. Inzwischen hat er auf einer Pressekonferenz einen Teil seiner Pläne auch vor einer größeren Öffentlichkeit entwickelt und damit eine erneute Beschleunigung der Aussprache über die westliche Zusammenarbeit und die Einigung Europas bewirkt.

Von deutscher Seite kann die Wirkung der Initiative de Gaulles in dieser Richtung nur begrüßt werden, denn in dem Augenblick, da Chruschtschew sich darauf vorbereitet, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen die westliche Welt anzuklagen und durch Drohungen und Verlockungen die unentschlossenen, und vor allem die eben selbständig gewordenen Staaten auf dem Wege zum Kommunismus mit fortzureißen, ist es gut, wenn die westliche Welt sich möglichst rasch auf ihre eigene Kraft und den Wert der Zusammenarbeit besinnt.

1. Aus den Erklärungen de Gaulles, die einen französischen Beitrag zu den kommenden Verhandlungen darstellen, dürfte zunächst mit Sicherheit hervorgehen, daß er die Absicht hat, zur Verstärkung der politischen Zusammenarbeit des Westens und insbesondere Europas beizutragen. In seiner Erklärung vor der Presse sagte de Gaulle: „Auf seiten der totalitären Staaten scheint es uns offensichtlich zu sein, daß es sich — nach den auffälligen Sprüngen ihrer Propaganda zu urteilen — darum handelt, den Westen zu beunruhigen und dadurch zu desorientieren.“ Für die Besserung der Beziehungen zwischen Ost und West schienen dem Präsidenten der Französischen Republik drei Voraussetzungen wichtig: a) eine gewisse Entspannung durch Verzicht auf gegenseitige Beleidigungen und als Voraussetzung für Verhandlungen in nicht zu großem Kreise, b) tatsächlicher Beginn der Abrüstung, vor allem auf atomarem Gebiet, und c) ein kleiner Beginn aufrichtiger Zusammenarbeit nicht zur Propaganda, sondern zur tatsächlichen Hilfe für die Entwicklungsländer. Auf keinem dieser drei Gebiete, so fügte de Gaulle hinzu, habe man bis jetzt Fortschritte erzielt. Frankreich werde aber deshalb in seinem Bestreben nicht nachlassen.

Es braucht nicht betont zu werden, daß diese drei Punkte für die Voraussetzungen einer Entspannung mit den Vorstellungen der Bundesregierung übereinstimmen. Die Vorschläge de Gaulles für eine verstärkte politische Zusammenarbeit der sechs Regierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf der Basis eines vierteiligen institutionellen Unterbaus sowie einer europäischen Volksabstimmung müssen als Beiträge zur jetzt verstärkt einsetzenden Diskussion um die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation zwischen den europäischen Ländern verstanden werden. Daß die Vorstellung der Supranationalität und der Delegation staatlicher Gewalt auf supranationale Einrichtungen in de Gaulles Konzept fehlt, wird ihre weitere Erörterung nicht hindern, da sie von der Mehrzahl der EWG-Mitglieder und auch von der Bundesregierung geteilt werden. (In den Niederlanden und in der Bundesrepublik kann eine Volksabstimmung infolge entgegenstehender Verfassungsbestimmungen nicht durchgeführt werden. Der Präsident der Französischen Republik hat also seinem Willen Ausdruck gegeben, die europäische Zusammenarbeit zu verstärken. Seine von ihm dazu gemachten Vorschläge stehen zur Diskussion, aber er hat mit keinem Wort angedeutet, Frankreich werde sich etwa aus der bisherigen Zusammenarbeit zurückziehen, wenn diese Vorschläge nicht oder nur teilweise angenommen würden.

2. Die europäischen Verträge bleiben weiterhin in Kraft und werden von Frankreich weder hinsichtlich ihres Inhalts noch ihrer Zeitdauer angezweifelt. Geist und Wortlaut der Verträge von Rom bleiben auch für Frankreich das Mittel, die wirtschaftliche Einigung und Stärkung Europas voranzutreiben. Dies entspricht der Tatsache, daß der Anstoß zur Beschleunigung des EWG-Vertrags ursprünglich von französischer Seite ausgegangen ist. De Gaulle sagte im Zusammenhang mit seinen Vorschlägen zur Organisation Europas: „Die Konstruktion Europas ist wesentlich, denn dieser Boden der Zivilisation der Kraft, der Vernunft und des Wohlstands darf nicht durch unsere eigene Schuld erlöschen.“

Der Hinweis de Gaulles auf eine von den nationalen Parlamenten gebildete europäische Volksvertretung, deren periodischer Zusammentritt er für notwendig hält, bedeutet allerdings die Ablehnung direkter europäischer Wahlen für dieses europäische Parlament, wie sie in den Römischen Verträgen und im geänderten Montan-Vertrag vorgesehen und wie sie vom Europäischen Parlament in Straßburg im Mai dieses Jahres bereits grundsätzlich beschlossen worden sind. Die Beschlüsse dieses Parlaments sind freilich nur Empfehlungen an den Ministerrat, bzw. an die Regierungen. In diesem Zusammenhang ist allerdings eine Änderung der Römischen Verträge nicht gefordert worden. Im Zusammenhang mit seinem Vorschlag für eine europäische Volksabstimmung, die „Volkszustimmung, die für Europa unerlässlich ist“, sagte de Gaulle: „Es findet sich, daß die alten Feindschaften zwischen den europäischen Völkern fast ganz verschwunden sind. Deshalb ist gegenwärtig die beste Gelegenheit, zwischen den Völkern diese Zusammenarbeit zu organisieren.“

[...]